

Das Verwirrspiel hat ein Ende - wer die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich regiert

Zunächst einmal die Alliierten, allen voran England, Frankreich und die USA, hinter denen sich wiederum etwa zwei Dutzend superreiche Familienclans verstecken, mächtige Dynastien - meist aus Europa - wie die Morgans, Rockefellers, Rothschilds, DeBeers oder die Bushs aus den USA. Diese transkontinentalen Superfürsten gestalten die Weltpolitik und somit auch das Geschehen in dem besiegten sowie wirtschaftlich (und geostrategisch) so überaus wichtigen Land wie die Bundesrepublik Deutschland.

Die von jenen globalen Fürsten in Deutschland angeführte herrschende Klasse ist in ökonomischer Hinsicht von deren transkontinentalen Privatgesellschaften (wie etwa Nestlé, Coca Cola, Mc Donald's, E.ON, Bayer, BASF, Monsanto, Syngenta, Citygroup, Philip Morris, Tchibo, die Carlyle-Anglo-American-Gruppe, deren Chef-„Berater“ George Bush ist, u.a.) abhängig. Während die Politiker eifrig dem Volk gegenüber patriotische Reden schwingen, werden unsere Staatskassen vorsätzlich geplündert und der Markt im Sinne der transkontinentalen Gesellschaften monopolisiert. Ruft ein Land zum Widerstand gegen diese Konsum-Knechtschaft auf, werden die Daumenschrauben etwas angezogen - bis die Zahlungsunfähigkeit droht und der Widerstand dahin schwindet.

Wenn die deutschen Strippenzieher in ihren Positionen überleben wollen, müssen sie dem Volk gegenüber gnadenlos sein. Sich im Sinne einer gerechten Welt vom Prinzip der Profitmaximierung loszusagen, käme einem Selbstmord in diesem barbarischen System gleich. Unsere herrschende Klasse lebt daher in einem Dilemma. Darauf sollten wir Rücksicht nehmen. Keine Rücksicht nehmen sollten wir jedoch auf ihr barbarisches Verhalten. Ich rede von dem Verhalten des "**Deutschland Kartells**", einem vielschichtigen und bunten Netzwerk aus Politik, Wirtschaft und Justiz, welches weitgehende Straffreiheit besitzt und sich bis hinunter auf die Gemeindeebenen bricht. Dominiert werden diese Netzwerke von Politikern der Systemparteien sowie von Strippenziehern aus dem Reich der Privatgesellschaften, die auch schon einmal gerne für ihren Auftrag in die Politik überwechseln und nach Erledigung ihres Jobs wieder schön brav zurück an die Spitze ihrer Privatgesellschaft gehen (wie zum Beispiel der ehemalige Wirtschaftsminister Müller, der für die Energieriesen den Strommarkt monopolisierte!). Vielleicht gehen diese Netzwerke auch über Leichen. So verunglückte zum Beispiel der engagierte Oberstaatsanwalt Jörg Hillinger aus ungeklärten Gründen tödlich, nachdem er den Haftbefehl gegen Holger Pfahls beantragt hatte. Neben Pfahl dürften sich darüber vermutlich auch Karlheinz Schreiber, Max Strauß und andere CSU-Spezis gefreut haben.

Der "Deutschland Clan" unternimmt aber auch noch andere unschöne Dinge. Er unterstützt zum Beispiel mordende Diktaturen und die organisierte Kriminalität in weiten Teilen der Welt, Hauptsache, die Privatgesellschaften können über die Grenzen hinweg problemlos ihre Geschäfte abwickeln. Er begeht mannigfachen Subventionsbetrug am Steuerzahler. Er besticht Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, um Bilanzen von Privatgesellschaften - je nach Spieltrieb an der Börse - nach oben oder unten zu korrigieren. Er korrumpiert leitende Richter und Staatsanwälte oder setzt sie ab, wenn sie nicht fest beide Augen vor dem Unrecht verschließen. Der "Deutschland Clan" hält dieses Land im starren Würgegriff, er pervertiert die Politik, die Wirtschaft, die Medien, die Wissenschaft, die Streitkräfte und die Gesellschaft mit den aus seiner Sicht treudoofen Konsumenten. Er friert dieses System in einem desolaten Zustand ein, während er gleichzeitig großartige Gewinne zieht.

Denn selbstverständlich schlagen die Strippenzieher in Deutschland beträchtliche persönliche Gewinne aus ihrer Tätigkeit. **Joseph Ackermann**, der Herrscher über die Deutsche Bank, erhält zum Beispiel 11,9 Millionen Euro im Jahr. Mit weiteren Bezügen aus Aufsichtsratsmandaten und Kapitalerträgen kommt er auf satte 15 bis 20 Millionen Euro. Im Schnitt haben die Chefs der 30 Dax-Konzerne im Jahr 2005 drei Millionen Euro verdient, heißt es in einer Studie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Die Bezüge der Vorstandschefs seien damit verglichen mit dem Jahr 2004 um elf Prozent gestiegen. **Gerhard Schröder** wird von dem russischen Konzern Gasprom - an dem wiederum E.ON beteiligt ist - fürstlich entlohnt. Im Gegenzug steht er an der Spitze eines schillernden West-Ost-Netzwerkes, welches eine bedenkliche Geschichte hat. **Laurenz Mayer**, ehemaliger CDU-Generalsekretär, kassierte neben seinen üppigen Diäten ein volles Gehalt von RWE in Höhe von 130.000 bis 200.000 DM jährlich nebst Zusatzleistungen in etwa gleicher Höhe - ohne dafür gearbeitet zu haben (neidisch?). **Helmut Kohl**, **Theo**

Waigel und **Wolfgang Bötsch** (ehemaliger Telekommunikationsminister) wurden kräftig vom Medienmogul **Leo Kirch** entlohnt, der dank des Einsatzes von **Erwin Huber** noch 1 Milliarde Euro von der Bayerischen Landesbank erhielt, obwohl er schon pleite war. Das hat nachweislich 1000 Arbeitsplätze gekostet. **Johannes Rau** und **Wolfgang Clement** ließen sich ihre privaten Flüge von der Westdeutschen Landesbank (WestLB) bezahlen, welche jene Flüge auch noch völlig überhöht steuerlich geltend machte - überhöht, weil angeblich als Stewardessen getarnte Prostituierte als Begleitpersonen an Bord waren (Herr **Hartz** und Volkswagen lassen grüßen). **Florian Gerster**, das Ziehkind von zwei Hauptakteuren des Deutschland Kartells, nämlich von Schröder und Clement, übernahm den Vorsitz der Bundesagentur für Arbeit erst, nachdem sein Gehalt und später das Spesenkonto verdoppelt wurden. Nach Schätzungen von Staatsanwälten und Journalisten flossen bei der Spürpanzeraffäre, einem Panzergeschäft zwischen den Saudis und dem Thyssen-Konzern, Schmiergelder in Höhe von 220 Millionen DM an Kriminelle wie **Karlheinz Schreiber** oder **Leisler Kiep**, den früheren Schatzmeister der CDU. Der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Exchef des Bundesamtes für Verfassungsschutz **Holger Pfahls** kassierte dabei (angeblich nur) 3,8 Millionen Euro Schmiergelder. Er besaß immerhin eine eigene Firma, in der mehr als 100 Millionen Euro steckten. Im Zuge der vorgenannten Panzeraffäre erhielt **Dr. Schäuble**, heute Innenminister, eine Barspende von Schreiber in Höhe von 100.000 DM (war das alles Herr Dr. Schäuble?). Alles Nebenkriegsschauplätze könnte man meinen, wenn man bedenkt, dass ein einberufener Untersuchungsausschuss verbindlich feststellte, dass die CDU unter der Führung von Dr. Kohl in den achtziger und neunziger Jahre ein breit angelegtes illegales Finanzsystem fortführte und durch vorsätzliche Verschleierungsmaßnahmen vor Entdeckung absicherte, indem sie ein weitverzweigtes Anderkontensystem in Deutschland, der Schweiz und Luxemburg unter Tarnung durch Treuhänder und Stiftungen in Liechtenstein errichtete, über die Millionenbeträge abgewickelt wurden - **was den Ermittlern bis dahin nur aus den Bereichen der organisierten Kriminalität und Geldwäsche bekannt war.**

Fazit: Ob auf kriminellem Wege oder legal (was keinen Wert hat, wenn Recht zum Unrecht wird), die Strippenzieher schancen sich gegenseitig die Pfründe zu. Sie berufen sich wechselseitig in Aufsichtsräte, Vorstände und Politik und diktieren das Geschäft. Beaufsichtigen tun sie sich dabei selber. Die Herren des wirtschaftlichen Krieges gegen die Vernunft greifen den Staat und dessen normative Macht an, sie unterwandern das im Grundgesetz verankerte Gemeinwohlprinzip, sie untergraben die Demokratie, sie vernichten die Natur und drangsalieren den Menschen und dessen Freiheiten. Sie zerstören radikal das Menschenrecht auf das Streben nach Glück, solange bis sie jeden Anspruch auf Loyalität verwirkt haben.

Buchtip: Lesen Sie zu diesem Thema unbedingt das Buch von Jürgen Roth - Der Deutschland Clan, Über das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz [[direkter link zu amazon](#)]. Lesen Sie einen kurzen Bericht über das Buch [[hier](#)].

Lesen Sie auch: Die Wahrheit dringt allmählich an das Tageslicht - Teil 2: Die schleichende Revolution der Kosmokraten [[hier](#)].

----- Original Message -----

From: [RSV.INFO B.J.Fischer](#)

To: [Rechtsanwalt Storr](#)

Sent: Friday, June 20, 2008 11:15 AM

Subject: Fw: Ein Beispiel wie rechtlos deutsche Bürger sind_Vorbeugung gegen unterlassene Hilfeleistung_Chefsache

Dringende Weiterleitung auch für Sie als seriöser Bürgeranwalt zur Kenntnisnahme der Situation und zur Vorbeugung gegen unterlassene Hilfeleistung in unserem Land.

Nötigungen, Belästigungen, Schutzgelderpressungen, Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Einbruch und sogar Diebstahl von Seiten privat haftenden Personals der Firma-BRD sind an der Tagesordnung - da dürfen wir nicht mehr wegsehen. Das ist Chefsache des Souveräns - wir sind das Volk!

http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Beamtentum_20080508.pdf

http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/BGH_z_Weiterl_an_USA_Bush_20080515.pdf

http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Das_Maerchen_von_der_Staatshaftung_20080614.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Forderung_nach_rechtsgueltigen_Unterschriften_20070820.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/ICC_Den_Haag.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Kommentar_zu_Art_25_GG_20080428.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Offenkundigkeiten_20080615.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/UNO_20080523.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Rechtslage_BRD_20071123_gerichtsverwertbare_Erklaerung.pdf
http://rsv.daten-web.de/RSV-Fischer/Verhaftung_ohne_Richter-Unterschrift_20070820.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/Richter_Fahsel_z_Justizmafia.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/SZ_09.04.08_Konsequente_Manipulation.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/Dorado_Antonio_M_Legitimation_Richter.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/BfeD_Huesken_Legitimation_Richter.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/BfeD_Huesken_Legitimation_Richter2.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/BfeD_AG_Witten_u_LG_Bochum_20080601.pdf
http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/Auszug_aus_dem_Buch_Der_Marionettenstaat_von_Guenter_Hannich
http://rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/Der_Marionettenstaat.html
http://rsv.daten-web.de/Germanien/Winkler_Michael_Jagt_diesen_Staat_zum_Teufel.html
http://rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/Klardenker_aktuelle_Argumentationen.html
http://www.rsv.daten-web.de/Germanien/Faltblatt_OWIG.pdf Faltblatt zum OWiG
http://www.rsv.daten-web.de/Germanien/DIE_OMF-BRD-DDR-EU-CHAOS-JAHRE_1990_ff.html
http://rsv.daten-web.de/Germanien/BRD_ist_nicht_Deutschland_BRD_ist_alliiertes_Staatsfragment.html
http://rsv.daten-web.de/Germanien/Die_BRD_als_GmbH_oder_Firma_Bund.html

Den Namen des Rechtes würde man nicht kennen, wenn es das Unrecht nicht gäbe.
-Heraklit 540-480-

German(n)isch herzlich grüßt
FISCHER, Bernd-Joachim

----- Original Message -----

From: [Wolfgang Kottwitz](mailto:Wolfgang.Kottwitz)

Sent: Friday, June 20, 2008 7:50 AM

Subject: FW: WG: Ein Beispiel wie rechtlos deutsche Bürger sind

From: monopole-nein-danke@arcor.de
To: monopole-nein-danke@arcor.de
Sent: Fri, 20 Jun 2008 07:39:26 +0200

Subject: WG: Ein Beispiel wie rechtlos deutsche Bürger sind

Hallo Antimonopolfreunde,

in der Anlage eine Zeitungsartikel aus der BerlinerMorgenpost. Dort wird berichtet, wie Polizeibeamte **ohne Durchsuchungsbeschuß** ein Haus in Rauen nach pfändbarenGegenständen durchsuchen.

Das kann auch als Warnung an alle Monopolgegner gesehenwerden. Wer kein Schutzgeld zahlt, wird platt gemacht.

Das ist jedenfalls meine Meinung.

Gruß
Guse

http://www.rsv.daten-web.de/RSV_Fischer/Haus_ohne_Durchsuchungsbeschuß_durchsucht_MOPO20080620.pdf

Botschaft an BRD-Privat-Rechtsanwälte, BRD-Privat-Rechtssachverständige und andere BRD-Privat-rechtlich Beratende:

Es wird für diese Berufsgruppe höchste Zeit, die offenkundigen Tatsachen anzuerkennen. Anzuerkennen, daß sie nicht im kreativen demokratischen Prozess steckt, sondern dies den sogenannten Politikern überlassen hat, daß sie Recht "nur" ausführt, es benutzt, wie die Bürger ansonsten auch und daß sie den Zusammenhang zwischen dem **Souverän**, als alleinige das Recht (angefangen bei der Verfassung) und den Staat schaffende Kraft und ebenso einziges und immer legitimiertes Kontrollorgan sowie dem **Rechtsstaat**, als beauftragte und Recht durchsetzende Kraft mittels legitimierter Legislative, Judikative und Exekutive mit vielen Verkläusulierungen und Begriffsverdrehungen leugnet. Die Firma oder das Verwaltungsorgan Bundesrepublik Deutschland und dessen Personal können diese Aufgaben nicht erfüllen, denn sie dienen nicht dem Deutschen Volk. Immer wieder daran erinnern: **"Die derzeitigen Gesetze sind NICHT die unseren, solange dem GG Artikel 146 nicht entsprochen wird!!!"** (Caprice)

Botschaft an BRD-Privat-Richter, BRD-Privat-Staatsanwälte u. BRD-Privat-Rechtspfleger:

Der Präsident des Bundesgerichtshofes Prof. Dr. Günter Hirsch hat zur Aufarbeitung der realen Zeit folgendes dokumentiert: "Die Gefährlichkeit des **Unrechtstaates** liegt ja nicht so sehr darin, daß es Richter frontal veranlaßt, das Recht zu brechen, sondern darin, daß er Unrecht in Gesetzesform gießt und darauf setzt, daß Richter nicht mehr nach dem Recht fragen, wenn sie ein Gesetz zur Hand haben."

"Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet. Denn nach welchem Recht ihr richtet, werdet ihr gerichtet werden; und mit welchem Maß ihr meßt, wird euch zugemessen werden. Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge? Oder wie kannst du sagen zu deinem Bruder: Halt, ich will dir den Splitter aus deinem Auge ziehen?, und siehe, ein Balken ist in deinem Auge. Du Heuchler, zieh zuerst den Balken aus deinem Auge; danach sieh zu, wie du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst." <http://www.bibel-online.net/buch/40.matthaeus/7.html#7,1>

----- Original Message -----

From: [Rechtsanwalt Storr](#)

To: [RSV.INFO B.J.Fischer](#)

Sent: Wednesday, June 18, 2008 5:19 PM

Subject: Re: Wenn der Staat kein Staat ist_wenn es also auch keine Staatshaftung gibt_wer garantiert die Rechte unserer Kinder

Sehr geehrter Herr Fischer,

predigen Sie bitte nicht Recht und Freiheit, wenn Sie den freien Willen von Menschen nicht akzeptieren, die aus Ihrem Verteiler wollen. Zudem bin ich nicht einverstanden, auf welcher unseriösen Art und Weise Sie auf meine Inhalte verweisen. Sie machen meine seriöse Arbeit damit unseriös und schaden daher der guten Sache.

Ich fordere Sie nach all dem letztmalig auf, mich unverzüglich aus Ihrem Verteiler zu nehmen und diese unseriösen Verlinkungen mit meinen Inhalten zu unterlassen.

Ich empfehle Ihnen dringend dieser Forderung endlich nachzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt
Dominik Storr
Erlacherstraße 9
97845 Neustadt am Main OT Erlach
Telefon: +49 (0) 9393-99320-3
Telefax: +49 (0) 9393-99320-9
Email: info@buergeranwalt.com
Internetauftritt: www.buergeranwalt.com

Sparkasse Mainfranken Würzburg
BLZ 790 50 000
Konto-Nr.: 50 39 0 11

St.-Nr.: 231/278/40202

Zuständige Kammer: Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg
Friedrichstraße 7, D-96047 Bamberg
Telefon: 0951/98620-0
Telefax: 0951/203503
email: info@rakba.de

Maßgeblich berufsrechtliche Regelungen:
Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO)
Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA)
Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)
Standesregeln für Rechtsanwälte in der Europäischen Union (CCBE)
Diese Regelungen finden Sie auf der Homepage der Bundesrechtsanwaltskammer (<http://www.brak.de>)

----- Original Message -----

From: [RSV.INFO B.J.Fischer](mailto:RSV.INFO@B.J.Fischer)

To: [Gegen Missbrauch](#)

Sent: Wednesday, June 18, 2008 11:43 AM

Subject: Wenn der Staat kein Staat ist_wenn es also auch keine Staatshaftung gibt_wer garantiert die Rechte unserer Kinder

In Sachen Firma BRD oder "Bund" und BRD Finanzagentur GmbH bedenken!

Wichtig - Wichtig! - Wichtig! - Deshalb unterschreiben die Beamten nichts!

Lesen: Jeder Beamte haftet somit persönlich...

Das Staatshaftungsgesetz der BRD wurde 1982 aufgehoben. Stattdessen wurde § 839 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) Amtshaftung, die persönliche Haftung des Beamten wieder eingeführt. Damit ist der gesetzliche Anspruch auf Entschädigung durch Schäden des Staates grundsätzlich entfallen. Jeder Beamte haftet somit persönlich und gesamtschuldnerisch nach BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) § 839 Amtshaftung:

Leipzig und Coburg sind überall *** BBG § 58, § 61 (4), StPO § 152 *** Leipzig und Coburg sind überall***

Das Märchen von der Staatshaftung

oder

Der Zusammenbruch der freiheitlich – demokratischen Grundordnung

Das Staatshaftungsgesetz der BRD wurde 1982 aufgehoben. Stattdessen wurde § 839 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) Amtshaftung, die persönliche Haftung des Beamten wieder eingeführt. Damit ist der gesetzliche Anspruch auf Entschädigung durch Schäden des Staates grundsätzlich entfallen. Jeder Beamte haftet somit persönlich und gesamtschuldnerisch nach BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) § 839 Amtshaftung:

BGB § 839 Haftung bei Amtspflichtverletzung

Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Für Angestellte eines Gerichts oder anderen Behörde gilt.

BGB § 823 Schadensersatzpflicht

(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässigein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Es bestand zwar ein grundgesetzgemäßer Anspruch auf Haftung durch den Staat nach Art. 34 GG, aber kein gesetzlicher Anspruch mehr. Nach Aufhebung des Art. 23 GG am

23.09.1990, mit Verkündung im BGBl. I S. 895, wurde auch der grundgesetzrechtliche Anspruch auf Schadensersatz aufgehoben. Stattdessen sind in den jeweiligen Landesverfassungen entsprechende Regelungen vorhanden, z.B. Art. 97 Bay. Verfassung. Doch auch diese Verfassung ist Besatzungsrecht. Besatzungsrecht ist aber nach dem Gesetz v. 23.11.2007 durch Art. 4 aufgehoben, soweit es nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden ist und den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen war. Somit ist Art. 34 GG definitiv erloschen. Manche neue Bundesländer haben auch noch das Staatshaftungsgesetz der ehemaligen DDR.

Nach BGB § 89 kommt zwar auch die Haftung eines Organs nach öffentlichem Recht in Frage. Doch das öffentliche Recht nach BGB ist nicht identisch mit dem öffentlichen Recht der Besatzungsmächte. Das öffentliche Recht der Besatzungsmächte darf zwar nicht mit dem BGB kollidieren, dies wäre ein Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung, ist aber trotzdem nicht identisch mit dem öffentlichen Recht des seit 1900 bestehenden BGB. Wäre dieses öffentliche Recht identisch, hätten es die Besatzer nicht ändern müssen. Mit der Aufhebung des Geltungsbereichs des Art. 23 GG stellt sich die Frage, inwieweit das GG überhaupt noch eine Bedeutung hat und mit der Schaffung der BRD Finanzagentur mit beschränkter Haftung unter Handelsregister Frankfurt am Main Nr. 51411 (siehe Kapitel „Die Firma BRD-GmbH“), überhaupt noch von öffentlichem Recht gesprochen werden kann und nicht ohnehin nur Privatrecht gilt, so als ob die Bundesbürger nur das Personal einer GmbH sind, Polizeibeamte nur Besitzdiener mit Werkschutzfunktion und das Finanzamt nur die Betriebskosten einsammelt, die das Parlament (ähnlich einer Hausverwaltung) umlegt.

Mit dem im Bundesgesetzblatt S. 2614 v. 23.11.2007 veröffentlichten zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht ist die Rechtslage nochmals bestätigt worden. So sind mit Art. 4 § 2 des genannten Gesetzes

die vier Gesetze zur Aufhebung von Besatzungsrecht wieder aufgehoben worden und somit diese Besatzungsgesetze wieder in Kraft. Das Parlament bzw. der Bundestag der Bundesrepublik kann nicht beschließen und hat nicht beschlossen, dass das Besatzungsrecht vor 1949 wieder Geltung hat. Oberster Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland sind also die Besatzungsmächte. Die Regierung der BRD handelt nur in dem von den Siegermächten erlaubten Rahmen. Das heißt, die BRD ist keine verfassungsmäßige Körperschaft. Dies steht auch im Art. 146 GG:

GG Art. 146 (Geltungsdauer des Grundgesetzes)

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Deshalb handeln die Beamten und Bediensteten von Körperschaften des öffentlichen Rechts der BRD nicht als Vertreter einer verfassungsgemäßen Körperschaft im Sinne des BGB. Jede Körperschaft des öffentlichen Rechtes der BRD handelt nur in dem von den Besatzungsmächten gesetzten Rahmen und damit weder souverän noch unabhängig. Die Beamten müssen möglicherweise Handlungen vollziehen, die von den Bewohnern (Zwangsmitgliedern) der jeweiligen Körperschaften nicht gewollt sind.

Solange keine direkte Abstimmung der „Zwangsmitglieder“ einer Körperschaft zu bestimmten Gesetzen, z. B. über Haushaltsgesetze oder Gesetze die Höhe und Art von Steuern festlegen, erfolgt, lässt sich nicht bestimmen, wieweit Gesetze dem freien Willen der Körperschaftsmitglieder der BRD entsprechen oder nicht bereits bei der Entscheidungssuche über ein Gesetz nur im Rahmen des Besatzungsrechts darüber nachgedacht wird.

Damit können die „Zwangsmitglieder“ der Körperschaften nicht zur Mithaftung

herangezogen werden, wenn die Vertreter der Körperschaften Fehler begehen. Dies würde dem BGB und damit dem Besatzungsrecht widersprechen.

Deutschland hat keinen Friedensvertrag. Der Zusammenschluss BRD und DDR war nur der Zusammenschluss zweier Besatzungskonstrukte zu einem Besatzungsconstruct. Deshalb steht auch noch im Grundgesetz, Art. 146, dass Deutschland eine Verfassung zu geben ist.

Am 23.09.1990 wurde im Bundesgesetzblatt verkündet, dass Art. 23 GG aufgehoben wird, was nichts weniger bedeutet als die Aufhebung des räumlichen Geltungsbereiches des Grundgesetzes:

GG Art. 23 (alte Fassung)

Dieses Gesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland war damit de jure erloschen und damit zugleich Art. 34 GG (Staatshaftung) aufgehoben!

Anmerkungen:

Damit man auch weiterhin die Rechtsentwicklung verfolgen kann, muss die Aufhebung oder der Wegfall eines Gesetzes, Artikels oder Paragraphen im Gesetzestext zu erkennen sein. Doch statt die Aufhebung des Art. 23 in den offiziellen Ausgaben kenntlich zu lassen, hat man den Art. 23 mit einem völlig anderen Inhalt (Europäische Union) neu überschrieben und damit vertuscht, dass der ursprüngliche Text ein völlig anderer war.

Selbst die korrekt als „weggefallen“ oder „aufgehoben“ gekennzeichneten Paragraphen müssen kritisch hinterfragt werden, wie beispielsweise beim GVG (Gerichtsverfassungsgesetz), wo man z.B. in einer aktuellen Ausgabe findet: „§ 15 (weggefallen)“. Forscht man nach, was da eigentlich „weggefallen“ ist, stößt man auf die unglaubliche Tatsache, daß „der Gesetzgeber“ mit dieser Änderung die Gerichte als Staatsgerichte abgeschafft hat, denn der „weggefallene“ Satz (1) des § 15 GVG lautete schlicht und einfach: „Die Gerichte sind Staatsgerichte.“. Der „Gesetzgeber“ hat hier offenkundig der Tatsache Rechnung getragen, daß die BRD kein Staat ist!

So werden auch Generationen von Juristen und Beamten falsch unterrichtet. Sowohl den Studenten der Rechtswissenschaften als auch Beamten wird in der Ausbildung eingetrichtert: Der Staat haftet für die Fehler

der Beamten. Nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz könne der Staat Rückgriff auf den Beamten nehmen. Schadensersatzansprüche könnten nur an den Staat gestellt werden, niemals aber an den Beamten oder Richter. Dies ist in jedem Gesetzeskommentar zu § 839 BGB zu finden.